

ANFRAGE von Leandra Columberg (SP, Dübendorf), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Lisa Letnansky (AL, Zürich)

Betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz

Diskriminierende Äusserungen sind auch im Internet strafbar. Recherchen¹ des Online-Magazins "Reflekt" zeigen jedoch, dass es auf vielen Polizeiposten an grundlegendem Wissen über die Diskriminierungsstrafnorm nach Art. 261^{bis} StGB fehlt. In mehreren Fällen in Zürich wurden Anzeigen entweder nicht entgegengenommen, falsch begründet abgewiesen oder nach Entgegennahme nicht weiterverfolgt. Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnorm sind Offizialdelikte, entsprechend müssen Behörden von Amtes wegen ermitteln, sobald sie von einer potenziellen Straftat erfahren. Werden Anzeigen gegen entsprechende Delikte trotz gesetzlicher Vorgaben nicht korrekt behandelt, stellt dies nicht nur ein rechtliches Versagen dar, sondern untergräbt auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Strafverfolgungsbehörden.

Das mittlerweile als erledigt abbeschriebene Postulat Nr. 151/2019 forderte spezifische Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen. Eine Mehrheit der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) hielt die bisherigen Sensibilisierungslektionen in der Polizeiausbildung für unzureichend und forderte einen Ergänzungsbericht mit einem konkreten Massnahmenplan zur Erhöhung der Verbindlichkeit bei der Umsetzung. Die Regierung und eine knappe Ratsmehrheit hielten einen Ergänzungsbericht jedoch nicht für nötig. Dies erweist sich angesichts der aufgezeigten Missstände als Fehlentscheidung.

Der Bericht zum Postulat Nr. 377/2020, das Massnahmen gegen Hasskommunikation fordert, ist noch ausstehend. Es ist dringend erforderlich, dass der Regierungsrat die bestehenden Defizite anerkennt und umfassende Massnahmen zur Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden sowie einen wirksamen Diskriminierungsschutz ergreift.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie erklärt sich der Regierungsrat die Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Vorgaben und der praktischen Umsetzung bei der Entgegennahme und Bearbeitung von Anzeigen, und welche konkreten Massnahmen wurden bisher ergriffen, um dies zu verbessern?
2. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf im Bereich der Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden für den Umgang mit Hassdelikten im Netz, und welche zusätzlichen Schritte plant er, um sicherzustellen, dass Anzeigen von Hassdelikten im Netz von allen Polizeiposten korrekt entgegengenommen und bearbeitet werden?
3. Wie bewertet der Regierungsrat die Effektivität der bisherigen Massnahmen und Schulungen in Bezug auf die Erkennung und Verfolgung von Hassdelikten im Internet, und wie stellt er sicher, dass diese kontinuierlich den aktuellen Anforderungen und Entwicklungen angepasst werden?
4. Gibt es spezifische Fortbildungsprogramme für Strafverfolgungsbeamte, die sich auf die Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der Hassdelikte im Netz konzentrieren? Wenn ja, welche?

¹ Recherche des Online-Magazins Reflekt: <https://reflekt.ch/recherchen/hatespeech/>

5. Welche Schritte unternimmt der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass alle Polizeiposten über die gesetzlichen Bestimmungen der Diskriminierungsstrafnorm umfassend informiert sind und diese korrekt anwenden?
6. Wie plant der Regierungsrat, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und sicherzustellen, dass Anzeigen von Hassdelikten im Netz bei der Polizei ernst genommen werden?
7. Wie bewertet der Regierungsrat die Umsetzung der überwiesenen Postulate Nr. 377/2020 und Nr. 151/2019 im Hinblick auf die aktuellen Missstände und welche zusätzlichen Massnahmen sind geplant, um deren Ziele vollständig zu erreichen?

Leandra Columberg
Silvia Rigoni
Lisa Letnansky